

ischen und politischen Bedingungen abhängig:

1. Endgültige Freigabe der Zollunion mit Oesterreich.
2. Verzicht auf weitere Kriegsschiffbauten.
3. Scharfe Kreditdrosselungsmaßnahmen der deutschen Reichsbank.

Die Kreditdrosselung bedeutet weitere Stilllegungen von deutschen Industrieunternehmungen.

Da Luther zu politischen Zugeständnissen nicht bereit war, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Amerika hat Frankreich völlig freie Hand gegenüber Deutschland gelassen. Das amerikanische Finanzkapital unterstützt loger die französischen Ansprüche durch umfangreiche Zurückziehung kurzfristiger Kredite aus Deutschland, mit der Begründung, solange sich die deutsche Reichsbank nicht zu einer scharfen Kreditdrosselung verurteilt.

Der völlige Zusammenbruch der Anleiheverhandlungen in London und Paris und die Bedingungen, von denen die Gewährung einer neuen Anleihe abhängig gemacht werden, entlarren endgültig den wirklichen Charakter der Hooveraktion. Diejenigen, die noch an eine Rettung Deutschlands durch diese Aktion glaubten, müssen heute alle ihre Illusionen begraben. Es bekämpft sich in vollem Umfang alles, was die kommunistische Presse über die Auswirkungen der Hooveraktion voraussagte. Die Wirtschaftskrise wurde nicht gemildert. Die ganze Hooveraktion in Verbindung mit der amerikanisch-französischen Anleihepolitik entspringt als ein Werkzeug zur weiteren Profiteilung der Produktion in Deutschland. Deutschland wird in eine Jins- und Tributkolonie verwandelt. Die Hooveraktion führt ferner zu einer Verstärkung der politischen Abhängigkeit Deutschlands vom internationalen Finanzkapital. Das zeigen die politischen Bedingungen, von denen Frankreich im Einverständnis mit Amerika die Vergewährung einer langfristigen Milliardenanleihe an Deutschland abhängig macht. Die Rüstungspolitik, die Außenpolitik und die Finanzpolitik der deutschen Bourgeoisie sollen unter Kontrolle der ausländischen Gläubiger gestellt werden. Nicht einmal dem kleinen, unbedeutenden Oesterreich hat das internationale Finanzkapital derartige Bedingungen zumuten gewagt. Die Hooveraktion, die von den deutschen Bourgeoischichten und mit besonderer Begünstigung von der SPD-Presse als „Selbstrettung“, als Anfang eines neuen Aufstiegs der deutschen Wirtschaft gefeiert worden war, verwandelt Deutschland wirtschaftlich in eine Witwe und politisch in eine Skulptur, eine unterworfenen und rechtlose Kolonie des Weltkapitals.

Welchen „Ausweg“ die SPD zeigt, darüber belehrt der geistige Zeitgenosse der Volkszeitung. Sein Kernlos lautet:

„... kann man nur wünschen, daß der Reichsbankpräsident Erfolg hat. Außerdem müssen die kleinen und großen deutschen Kapitalisten, denen vielfach jetzt jeder Kräfteüberhebung neulorengegangen zu scheint, einigermassen Besinnung annehmen.“

„Wünsche“ für Luther, die sich nebenbei nicht erfüllen, lächerliche, idiotische „Bemerkungen“ über die „kleinen und großen Kapitalisten“ und Verrat des Volkes — das ist die SPD, wie sie leidet und lebt.

Mit anderen Worten, doch in der gleichen Linie leitend auch der Nazis „Arbeitskampf“ noch verächtlich, in dem nach nebelhaften Phantasien geistert wird:

„Wenn man schon im Regierungslager ausrechnen kann, daß die Wirtschaft den Willen besitzt, der Schwereigkeiten selbst über zu werden, so sollte man doch zu allererst in Erwägung ziehen, eben nicht Wirtschaft wieder Lebensmöglichkeiten überhaupt, d. h. die notwendige Grundlage für Rentabilität und Produktivität zu verschaffen.“

„Für die „Grundlage für Rentabilität“ kann nur gemeint sein, daß die Kapitalisten für noch härteren Lohn- und Gehaltsabbau und Sozialabbau eintritt.“

Mit ebener Gewalt zeigt sich den Volksmassen der Ausweg als der einzige, den die SPD weist: des schärfsten Kampfes in einheitlicher Front für den Arbeitsbeschaffungsplan und in der Linie des kommunistischen Programms für die soziale und nationale Befreiung, in dem es heißt:

„Wir Kommunisten sind gegen jede Verteilung von Reparationszahlungen... Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Notlage alle aus dem Weltkrieg resultierenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden.“

Zur Macht gelangt, werden wir Kommunisten... dem Verleihen der Banknoten... Monogamie Einhalt gebieten. Wir werden die proletarische Nationalisierung der Banken durchführen und die Verhinderung an die deutschen und ausländischen Kapitalisten annullieren. Wir werden den Großhandel... nationalisieren, den großen Hausbesitz entschuldigungslos enteignen... entschuldigungslos Enteignung der Industriebetriebe... Wir werden die Unverwundbarkeit aus der Welt schaffen... die Löhne erhöhen... die Sozialversicherung sicherstellen... die Preise für Mehl, Kohle, Wasser, Elektrizität... abhaken und... auf das Mindestmaß herabsetzen. Wir Kommunisten bringen den Verfall des Kapitalismus... und zugleich nationalen Befreiung... Nur der Hammer der proletarischen Diktatur kann die Ketten des Hungertodes und der nationalen Unterdrückung zerbrechen... Es lebe Sozialdeutschland!“

Hörs, 11. Juli.

Auf der Tagung des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Hörs wurde ein Fehlbetrag von 2 1/2 Millionen Mark festgestellt. Als Bedungsmittel wurde mit einer Beihilfe seitens des Reiches und des Landes in Höhe von 1,5 Millionen Mark, gerechnet, was sehr zweifelhaft erscheint. Die übrigen 750 000 Mark sollen als Begrüßungsgabe durch neue Steuern oder Erhöhung der Bürgersteuer usw. aus den Volksmassen herausgepreßt werden.

Das Verbrechen der Nordwolle

Zusammenbruch der Nazi-Geldgeber / Riesengewinne verschoben

Der Nordwolle-Konzern ist zusammengebrochen. Die Firma blieb auf großen Vorräten von Rohmaterial und Fertigwaren liegen, auf dem Weltmarkt fielen die Wollpreise, die deutschen Arbeiter können sich nichts mehr kaufen und auf dem Weltmarkt wurde infolge der Krise der Woll auch immer mehr eingezogen. Dazu kam aber, daß die Inhaber der Firma, die die niedrigsten Löhne zahlte, die riesigen Gewinne, die sie im Laufe der Jahre aus den deutschen Arbeitern herauspreßten, ins Ausland verfrachten haben. Selbst das große Kölnblatt, die Frankfurter Zeitung, muß am 10. Juli schreiben:

„Der Verlust, der an der Spitze der Nordwollen-Woll-Kammer hat, finanzierte im Nebenamt eine Zeitung ein rechtlicher Blätter, das es seinen Arbeitern verleiht. Er ließ die Gewinne über die holländische Grenze in die Ultra-

Markt-Gesellschaft, die mit Vorbedacht in einem Land gegründet war, wo es keine deutschen Steuern gibt, und ließ sich bei Bremen ein Geschäft mit Post errichten, das für 1,5 Millionen Mark „gegen Aufbruchschaden“ verpfändet gewesen sein soll.“

Die Hunderte von Millionen, die verloren an die Ultra-Markt-Gesellschaft verschoben hat, dürfen nicht fort, sondern wanderten an andere Orte, wo sie jetzt ohne Zweifel noch zur Verfügung der kuppelnden Textilausbeuter stehen. Die deutschen Konzern-Unternehmer sind aber Wette, die Arbeiter fliegen auf die Straße, zum Teil werden sie wütend nur noch 16 Stunden lang beschäftigt, sie haben jedenfalls die Folgen zu tragen. Die Nordwolle-Kapitalisten gehören insbesondere zu den Geldgebern der Nazis und wurden von den Nazis als Vertreter des „Kaffenden Kapitals“ verächtlich.

Zusammenstöße in Bannewitz

Wie Nazis Kommunisten auflauern und Schupo überfallen

Bannewitz, 11. Juli 1931

Seitern sollte in Bannewitz eine Versammlung der Nationalsozialistischen Kampfbünde, gleichzeitig war eine Kundgebung der Kommunistischen Partei angesetzt. Gegen 19 Uhr marschierten die Nazis im Orte ein. Sie benahmten sich außerordentlich provozierend gegen die Arbeiterbevölkerung. Infolgedessen kam es zu Zusammenstößen, als die Nazis einige Arbeiter angriffen. Daraufhin kamen zwei Heberjägerkommandos aus Dresden. Die Polizei erlaubte sich folgendes: Sie legte dem Wirt des Saales, daß es doch möglich sei, daß die Nazis die kommunistische Versammlung stürzen; sie könnten keine Garantie dafür übernehmen, daß nichts passiere als. Daraufhin verweigerte der Wirt den Kommunisten die Heberjäger des Saales, so daß die geplante Versammlung nicht stattfinden konnte!

Die Arbeiterkassette wird infolge dieser Vorgänge zu einer Protestkundgebung aufgerufen, die am Dienstag abend stattfinden soll. Stilles zu Demonstration 19 Uhr am Arbeiterheim Bannewitz (Verbehalten poli. Genehmigung).

Stuttgart, 11. Juli.

An der Aufführung des Rembrandt-Films „Im Weisse nicht Kreuz“ in den Palais-Variétés kam es am Freitag abend zu Sprengungsversuchen seitens der Nationalsozialisten. Die Besucher des Rinas wurden von den Nazis überfallen.

Magdeburg, 10. Juli.

Das Magdeburger Polizeipräsidium gab folgende Meldung heraus: „Am 6. und 7. Juli weilten Polizeibeamte der 2. Bereitschaft in Dessau zur Besichtigung der Junkerwerke. Am Sonntag wurde ein Ausflug nach einem Gartenfest in die Umgebung Dessaus ausgeführt. Als gegen Mitternacht die Polizeibeamten in Zivil ihren Heimweg nach ihrer Unterkunft in Dessau antreten, wurden die vorbereiteten Polizeibeamten von einem großen Trupp Nazis, die in den Anlagen im Hinterhalt versteckt lagen, angegriffen. Es fielen dabei zwei Komunisten, die Komunisten wurden verletzt. Die Polizeibeamten leisteten Widerstand. Die Nazis wurden unter Anwendung von Gewalt überfallen. 22 wurden festgenommen und der Polizeichef in Dessau überliefert. Es stellte sich heraus, daß die Nazis einen Trupp (!) zum Opfer gefallen sind. Sie hatten nach ihren Angaben vor, Kommunisten zu überfallen. Die Nazis waren zum größten Teil im Besitz von Schusswaffen. Die Gelegenheit wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben, da Strafantrag wegen Verletzung von Leben und gemeinschaftlicher Körperverletzung erstattet werden soll.“

Ueber 5% Gehaltsabbau der Reichspost!

Haarsträubende Einzelheiten des Notgesetzes der badischen Koalitionsregierung

Dresden, 11. Juli.

Die Reichspost-Direktion hat auf Grund der zweiten Notverordnung angewiesen, daß die wöchentliche Arbeitszeit in Postbetriebe- und Verwaltungsdienst auf höchstens 51 Stunden festzusetzen sei. Damit ist für die Postbeamten, soweit sie bisher 54 Stunden arbeiteten, eine Verkürzung von drei Stunden erfolgt. Da kein Gehaltsausgleich erfolgt, bedeutet das einen verheerenden Gehaltsabbau von 5,5 Prozent!

Bei der Reichspost wurden 50 000 Arbeiter eingestellt, um die Bahnhöfe, deren trostloser Zustand die erste Gefahr von Eisenbahnkatastrophen heraufbeschwört, auszubessern. Die Löhne für diese 50 000 sind unter dem Deckmantel 10-stündiger Arbeitszeit um 17 Prozent niedriger. Damit soll auch für die anderen Eisenbahnerkategorien ein neuer Lohn- und Gehaltsabbau eingeleitet werden.

Ludwigshafen, 11. Juli 1931 (G. A. Meldung)

Die badische Koalitionsregierung, in der SPD, Zentrum und Volkspartei beteiligt sind, hat, wie wir gestern bereits meldeten, eine neue Notverordnung gegen die Werftigen in Baden erlassen. Die Einzelheiten dieser neuen Notverordnung sind geradwegs haarsträubend. Die Gehaltsbefreiung wird restlos für den allgemeinen Finanzdienst verworfen, es wird nicht einmal mehr ein Teilbetrag derselben für den Wohnungsbau ausgegeben. Der Härtegrad dieses Gesetzes an den Reichspostbeamten wird um 10 Prozent, der Zuschuß an die Arbeiterverbände wird um 25 Prozent gekürzt. Das Gehalt für die außerplanmäßigen Beamten wird gekürzt, für die planmäßigen Beamten teils ebenfalls eine Gehaltskürzung von 5 Prozent ein. Die Gehaltskürzung findet keine Anwendung auf die unteren Schupo-Beamten. Um diese Kürzung auch bei den Gemeindebeamten, die einem

Fünf Arbeiter zu 7 Jahren und 9 Monaten Zuchthaus verurteilt

Chemnitz, 11. Juli 1931

Vor dem Chemnitzer Schöffengericht fanden fünf Arbeiter wegen Straßensperren gegen das Sprengstoffwerk. Sie wurden beschuldigt, aus dem Sprengstoffwerk des Steinbruchs der Gefangenenanstalt Hohensprengeloff nicht zuweilen entnommen zu haben. Das Gericht fällte ein ungeheuerliches Urteil. Verurteilt wurden der Arbeiter Georg Muth zu 2 Jahren Zuchthaus, der Maurer Arthur Hund zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus, der Würtelerschlepper Erich Erich zu 1 Jahr 4 Monaten Zuchthaus, der Arbeiter Josef Gommlich zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und der Bauarbeiter Hans Jahn zu 2 Jahren Zuchthaus. Schmittschen Angeklagten wurden die Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt!

Verteidigt den Kampf der roten Hilfe! Heraus mit den Opfern der Klassenjustiz!

Verteidigt, helft den Verurteilten, helft Frauen und Kindern. Auf Terrorurteile und Verfolgung antwortet mit proletarischer Solidarität. Geht rote Hilfe!

tag wurde ein Ausflug nach einem Gartenfest in die Umgebung Dessaus ausgeführt. Als gegen Mitternacht die Polizeibeamten in Zivil ihren Heimweg nach ihrer Unterkunft in Dessau antreten, wurden die vorbereiteten Polizeibeamten von einem großen Trupp Nazis, die in den Anlagen im Hinterhalt versteckt lagen, angegriffen. Es fielen dabei zwei Komunisten, die Komunisten wurden verletzt. Die Polizeibeamten leisteten Widerstand. Die Nazis wurden unter Anwendung von Gewalt überfallen. 22 wurden festgenommen und der Polizeichef in Dessau überliefert. Es stellte sich heraus, daß die Nazis einen Trupp (!) zum Opfer gefallen sind. Sie hatten nach ihren Angaben vor, Kommunisten zu überfallen. Die Nazis waren zum größten Teil im Besitz von Schusswaffen. Die Gelegenheit wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben, da Strafantrag wegen Verletzung von Leben und gemeinschaftlicher Körperverletzung erstattet werden soll.“

Das ist ein offizieller Bericht des Magdeburger Polizeipräsidiums. Klar geht aus ihm hervor, wie die nationalsozialistischen Führer die Vorbereitungen auf Arbeiterorganisationsarbeiten in diesem Falle die übliche Lage nicht änderten. Kommen, daß die Nazis überfallen worden seien. Die Nazis erzwangen kommunistische Arbeiter, haben sich einmal gehandelt, während sie schon in unzähligen Fällen ihre Überfälle nach demselben Muster durchführten konnten.

Kun erhebt sich die Frage, was geschieht, wenn sich überfallene Arbeiter gegen nationalsozialistische Vorbereitungen zur Wehr setzen? Da greift die Polizei ein und geht gegen die Arbeiter vor. Da werden die Arbeiter auf die Anklagebank gesetzt und zu furchterlichen Verurteilungen verurteilt. Da läßt die SPD-Presse nach verheerenden Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kommunisten.

anderen Teil unterziehen, durchzuführen zu können, werden durch die Notverordnung sämtliche Schlichtungsausschüsse bis zum 1. 1934 (!) außer Wirksamkeit gesetzt!

Diese Notverordnung ist eine konsequente Fortsetzung der letzten Notverordnung Brunings. Nach den Angaben der badischen Regierung stellt sie jedoch „nur den Anfang der Notverordnung dar. Diese badische Notverordnung ist außerdem der Vorläufer einer fünften Notverordnung, die jetzt bereits in den verschiedenen Reichsministerien vorbereitet wird. Sie ist die Begleitmaßnahme zur Hooveraktion.“

Zwei weibliche Polizeibeamte begehen Selbstmord

Wegen Schikane durch die Vorgesetzten

Hamburg, 11. Juli 1931

Zwei Beamtinnen der weiblichen Kriminalpolizei, die Inspektoren Doppler und die Sekretärin Fischer, beendeten auf der Norddeutscher Hellmorm gemeinsam Selbstmord. Schon seit längerer Zeit hatten die beiden Differenzen mit ihrer Vorgesetzten, der Leiterin der weiblichen Kriminalpolizei, der Hauptinspektörin Erlens. Die beiden Beamtinnen der Gitterpolizei wurden aber, wie erzählt wird, von der Erlens grundlos inhaftiert. Kürzlich kam es noch einer Auseinandersetzung zu einer regelrechten Schlägerei in den Warterräumen der weiblichen Polizei, wobei ein Teil des Mobiliars in Trümmer ging. Daraufhin verurteilten die beiden das Büro und beschloßen, Selbstmord zu begehen, da sie keine Möglichkeit sahen, sich der Schikane ihrer Vorgesetzten zu erwehren.

Unerhörtes Manöver im Landtag

Der Redaktionsbericht und der bezughörigen Verlage wurden in der Nachtung des Sächsischen Landtages auf eine kommunistische Vorlage hin verlegt, da die Verlegung in Rechtsausübung nicht beendet werden. SPD-Edel verurteilte die kommunistische Fälschung, sie habe die Beratung über den Verlegungsantrag des Genossen Schneider im Nachhinein verändert und damit die Möglichkeit von Arbeitsbeschaffung. Genosse Kemmer misst darauf hin, daß die Verlegung ablehnen, unvorhergesehene Vorlagen durchzusehen. Selbst die Volksparteiler Büngler betonen, die Beratungen seien nicht fertig gewesen. Als der Genosse Kemmer beantragte, die Verlegung in einer neuen Sitzung am Dienstag zu beraten, stimmte die SPD gegen diesen Antrag und entlarvete den ganzen Theatervorfall als überflüssigen Arbeiterbetrug.

Klätlicher Rückzug der „linken“ SPD-Führer

Der Genosse, Stöckel und Rosenfeld, die kürzlich eine Forderung an die oppositionellen Arbeiter stellten, Forderungserklärungen einzufügen, erlassen jetzt angestrengte Drohungen des Parteivorstandes eine Erklärung, in der es heißt:

„Der von uns veröffentlichte Mahnruf an die Partei hat den Sozialdemokratischen Parteivorstand zu der Behauptung veranlaßt, daß die Verfasser des Mahnrufs mit der Partei der Partei spielen. An anderer Stelle ist dabei gesagt worden, daß wir die Partei spielen wollten. Demgegenüber behauptet man mit allem Nachdruck, daß wir weder mit der Partei der Partei spielen, noch gar ihre Spaltung wollen. Unser Mahnruf ist diktiert von der Sorge um den Bestand der Partei.“

Das ist die glatte Unterwerfungserklärung unter die Partei und die Partei. Welche Politik der Parteivorstand auch machen will, die Kolonien und Sowjetunion verfolgen mit ihrem Verlegungsantrag nur einen Zweck: die erbittertesten SPD-Führer vom Landtag zurückzuführen und weiter für die Partei die Partei einzuspannen.

Können oppositionelle SPD-Arbeiter noch Vertrauen zu den Kolonien und Sowjetunion haben? Nein! Der ist kommunistischen Partei!